

**HEIDELBERGER BÜRO FÜR FAMILIENFRAGEN
UND SOZIALE SICHERHEIT (HBF)**

PRESSEDIENST

Überparteilich / Verbandsunabhängig / Spendenfinanziert

TRÄGER: DEUTSCHER ARBEITSKREIS FÜR FAMILIENHILFE e.V., FREIBURG/BR
SPENDENKONTO: Bankhaus Mayer (Freiburg), Kto.-Nr. 1415280 (BLZ 680 300 00) - Kennwort: "Familienbüro"
Biesinger Str. 16, 72070 Tübingen, Tel: 07071-400690, Fax: -400691, E-Mail: FamilienbueroHD@kabelbw.de,
www.heidelberger-familienbuero.de

**"Familien in Deutschland:
Beschenkt oder ausgebeutet?"**

Vortrag von Kostas Petropulos, Heidelberger Büro für
Familienfragen und soziale Sicherheit (HBF)
Auf dem 30. Bundesparteitag der Familien-Partei

Deutschland,

Kassel, 19. November 2011

„Deutschlands Bevölkerung ist mittlerweile eine der ältesten der Welt“, so faßte der Präsident des Statistisches Bundesamtes Roderich Egeler Anfang Oktober die demographische Entwicklung der letzten 60 Jahre zusammen. (Pressekonferenz „Statistisches Jahrbuch 2011). Dieser Negativrekord wird nur noch von Japan übertroffen. Dort ist der Rückgang der Kinderzahlen bei gleichzeitig immer mehr älteren Menschen noch weiter als hierzulande vorangeschritten.

Im Jahr 2009 gab es in Deutschland 17 Millionen Menschen, die 65 Jahre oder älter waren. Das macht einen Bevölkerungsanteil von 20% aus. Im Jahr 1950 sah es noch ganz anders aus. Damals lebten auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands 7 Millionen Menschen, die 65 Jahre oder älter waren – also lediglich 10 % der Bevölkerung.

Genau umgekehrt verläuft dagegen die Entwicklung bei den Kindern. Im Jahr 2009 wurden in Deutschland 665.000 Kinder geboren – so wenige wie nie zuvor. Im Jahr 2010 ist die Zahl zwar um knapp 2 % auf 678.000 Neugeborene gestiegen - aber gegenüber 1950 hat sich die Zahl der Geburten nahezu halbiert.

Die rapide Alterung ist aber nur die eine Seite des sogenannten demographischen Wandels; die andere ist die gleichzeitige **Schrumpfung** der Bevölkerung. Seit 2003 geht die Zahl der Einwohner zurück (2002: 82.537; 2003: 82.532). Das heißt die Sterberate wird nicht mehr durch Geburten und vor allem durch Zuwanderung ausgeglichen. Bei gleichbleibender Geburtenrate und einem geringen Anstieg der Lebenserwartung werden im Jahr 2060 noch 65 Millionen Menschen in der Bundesrepublik leben – also 17 Millionen weniger als heute. Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter würde dabei von heute knapp 50 Millionen auf nur noch 33 Millionen sinken (bis 2030: 42 Millionen).

Diese absehbare Schrumpf-Alterung des Landes wird dramatische Auswirkungen auf den Sozialstaat, die Wirtschaft und die Gesellschaft haben. Das haben die Parteien und die Regierungen seit der Jahrtausendwende mit Entsetzen erkannt und versuchen seither gegenzusteuern. Mit Hilfe zahlreicher familienpolitischer Maßnahmen, sollen junge Menschen dazu ermuntert werden, sich wieder für mehr Kinder zu entscheiden. Den Startschuß dafür hat die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder gegeben. Und auch die **schwarz-gelbe** Koalition hat sich das auf ihre Fahnen geschrieben. Wörtlich heißt es deshalb in ihrem **Koalitionsvertrag**:

*Wir wollen, dass durch mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit und durch günstigere Rahmenbedingungen für Familien **mehr Kinder in Deutschland geboren werden.***

Das ist ein schwieriges politisches Unterfangen. Wie Sie vielleicht wissen, liegt die Geburtenrate schon seit Jahrzehnten auf einem international niedrigen Niveau. Im Jahr 1975 bei 1,45 Geburten/Frau und letztes Jahr bei 1,39 – und zwar trotz zahlreicher familienpolitischer Leistungen, die offiziell in den zwei, ja dreistelligen Milliardenbereich gehen.

Diese gewaltigen finanziellen Anstrengungen des Staates und ihre demographische Wirkungslosigkeit sorgen immer wieder für politischen Streit, der an Heftigkeit zunimmt. So stellt die FDP als Regierungspartei das Elterngeld ganz offen in Frage. Auf ihrem Rostocker-Parteitag im Mai forderte etwa FDP-Generalsekretär Christian Lindner das Elterngeld als offensichtliche "Fehlinvestition" abzuschaffen. Das Geld wäre beim Ausbau der Kinderbetreuung besser angelegt. – Die CDU will davon nichts wissen, weil sie das Elterngeld auch ohne geburtensteigernden Effekt für erfolgreich hält.

Trotzdem macht auch sie sich Gedanken darüber, wie die Familienpolitik wirkungsvoller gestaltet werden könnte. Noch als Bundesfamilienministerin hatte Ursula von der Leyen (CDU) eine Expertenkommission eingesetzt. Sie sollte im ersten Schritt erstmals erfassen, welche familienpolitischen Leistungen es überhaupt gibt und wie hoch sie ausfallen. Im Dezember 2006 legte sie das Ergebnis vor: 145 familienbezogene Leistungen hatte sie gefunden, die sich einen finanziellen Umfang von rund 184 Milliarden Euro belaufen würden. Sie reichten vom Kindergeld, den steuerlichen Kinderfreibeträgen über das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung von Ehefrauen bis hin zu den staatlichen Ausgaben für Kindertagesstätten.

Damit sei Deutschland international Spitze in Sachen Familienförderung. Kaum ein Land gebe bezogen auf das Brutto sozialprodukt soviel für Eltern und ihre Kinder aus. Die **Zahl 184 Milliarden Euro** (bzw. 189 Milliarden Euro im Jahr 2008) hat sich seither im öffentlichen Bewußtsein festgesetzt. In nahezu jeder familienpolitischen Debatte oder in fast jedem Pressebericht, der sich mit der sogenannten Familieförderung befaßt, werden diese Zahlen zitiert – meist mit dem Vorwurf verbunden, warum diese gewaltige Summe so wenig bringe. Weder habe sie die

Geburtenrate gesteigert, noch werde dadurch die erschreckend hohe Armut von Kindern (rund 16% der Kinder unter 15 Jahren) erfolgreich bekämpft.

Am Ende dieser Argumentation steht dann immer eine Forderung: Wenn es weitere familienpolitische Verbesserungen geben soll, dann nicht durch mehr Geld. Stattdessen gelte es, gezielt innerhalb dieses gewaltigen Fördertopfs umzuschichten – beispielsweise wenn es jetzt darum geht, den beschleunigten Krippenausbau zu finanzieren, damit der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 2013 umgesetzt werden könne.

◦

Tatsächlich stellen diese Zahl und diese Argumentation die Fakten in unserem Land auf den Kopf! Entgegen dem politisch erzeugten Eindruck werden Eltern und ihre Kinder hierzulande nicht mit Geld überschüttet. Im Gegenteil: Unterm Strich sind sie sogar eine sprudelnde Einnahmequelle für den Staat!

◦

Sogar die Bundesregierung räumt ein, daß diese 184-Mrd-Zahl irreführend ist. Als Ursula von der Leyen im Dezember 2006 dieses Ergebnis der Presse vorstellte, machte sie eine klare Einschränkung: 99 der 184 Milliarden Euro an Familienleistungen – also rund 54% der staatlichen Fördersumme – bezahlten Familien mit Kindern über ihre Steuergelder mit. In der regierungsamtlichen Pressemitteilung (vom 15.12.2006) findet sich diese Aussage allerdings nicht.

Und noch ein aufschlußreiches Detail aus der Regierungspräsentation des Jahres 2006. Grundlage für die Aussagen Ursula von der Leyens war ein 15-seitiges Papier, in dem alle familienbezogene Leistungen und Maßnahmen des Staates genau aufgelistet waren. Am Ende dieser Liste standen dann *drei* Gesamtsummen:

TABELLE 1
Familienbezogene Leistungen und
Massnahmen des Staates,
GESAMTSUMME 2005
 in Mio. Euro

	Gesamtsumme	Anzahl
Summe alle Maßnahmen	231.639	154
Summe alle Maßnahmen ohne Schule	184.439	153
Summe alle Maßnahmen <u>ohne Schule</u> <u>und</u> <u>ehebezogene</u> <u>Maßnahmen</u>	110.766	145

(aus: Bundesfamilienministerium / Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen, Dezember 2005)

Der ehemaligen Bundesfamilienministerin war schon damals klar, wie fragwürdig ihre **Abgrenzung der familienpolitischen Leistungen** ist. Und sie hat sich nicht gescheut, die Öffentlichkeit trotz eigener, anderslautender Zahlen gezielt zu täuschen.

Zur Erinnerung: In der ministeriellen Presseinformation ist von 145 familienbezogenen Leistungen die Rede. Deren finanzieller Umfang würde sich auf rund 184 Milliarden Euro belaufen.

Tatsächlich belegt ihre Datensammlung, daß die gezählten 145 familienpolitischen Maßnahmen nur 111 Mrd. Euro betragen – also nur 60% dessen, was Ursula von der Leyen der Öffentlichkeit verkündet hatte.

◦

Die kritische Prüfung der Regierungszahlen durch Familien-, Sozialverbände und unabhängige Experten kommt noch zu weit geringeren Förderquoten des Staates für Familien.

Exemplarisch dafür stehen die Berechnungen **Paritätischen Wohlfahrtsverbandes**. Im April 2007 legte er eine ausführliche Gegenrechnung vor. Sein Ergebnis: Nicht 184 Milliarden Euro jährlich, sondern ganze 38,6 Milliarden Euro würden effektiv an Eltern und Kinder gehen.

So setze sich mehr als ein Drittel der regierungsamtlich genannten Summe aus Leistungen zusammen, die zwar auch an Familien fließen, die jedoch keinesfalls an das Vorhandensein von Kindern geknüpft seien - etwa die Witwenrente, das Ehegattensplitting und die steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen.

◦

Also rund 39 statt 184 Milliarden an echten staatlichen Hilfen für Eltern und ihre Kinder.

Nach der heftigen Kritik an den Zahlen vom Dezember 2006 kam die Expertenkommission des Familienministeriums im April 2008 plötzlich zu deutlich niedrigeren Zahlen. In ihrem ersten offiziellen Bericht heißt es jetzt:

Von den 112 Mrd. Euro für familienbezogene Maßnahmen nach Abzug der ehebezogenen Maßnahmen waren im Jahr 2006 rund 49 Mrd. Euro als Familienlastenausgleich, also als *Ausgleich der besonderen Belastungen von Eltern wegen ihrer Kinder*, festgelegt. Unter den Familienlastenausgleich fallen die Steuerfreiheit des Existenzminimums von Kindern, die Kinderfreibeträge vom Einkommen bei Sozialleistungen sowie die Berücksichtigung von Kindern in der Sozialversicherung (...)(Seite 20)

Aber selbst diese deutlich reduzierten Zahlen zur angeblichen Familienförderung geben immer noch ein unvollständiges Bild darüber, wie die Verteilungsströme zwischen Familien und Staat tatsächlich verlaufen.

Es geht nämlich nicht nur darum, **welche Leistungen Familien vom Staat empfangen**, sondern welche sie andererseits für den Staat **erbringen**. Die Eigenbeteiligung von Eltern an der Finanzierung der angeblichen Familienförderung über die bezahlten Steuern hatte ja Bundesfamilienministerin UvL eingeräumt. Aber selbst das ist nur die Spitze des Eisberges.

Schaut man sich zum Beispiel nur die von den Eltern **direkt bezahlten Steuern** an - also die Lohn- und Einkommenssteuer und die effektive Förderung durch das Kindergeld an.

Nach Angaben der Bundesregierung betragen die Ausgaben fürs Kindergeld im Jahr 2008: 33,4 Mrd. Schaut man sich die einschlägige Tabelle (Datensammlung zur Steuerpolitik) genauer an, gibt es einen Unterpunkt „Förderanteil“. Dort steht die Zahl 14,6 Mrd. Euro – also rund 44% des Kindergeldes von 33,4 Mrd. Euro.

TABELLE 2
**Familienbezogene Leistungen und
 Maßnahmen des Staates im Jahr 2008,
 KINDERGELD**
 in Mio. Euro
 bei **KFB 5.808 Euro/Jahr**

Maßnahme	2008
Steuerlicher Familienleistungsausgleich (FLA)	35.620
davon Kindergeld	33.400
Davon FÖRDERANTEIL des Kindergeldes	14.600 (43,7%)
STEUERANTEIL des Kindergeldes	18.800 (= 56%)

(aus: Bundesfamilienministerium / Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen, Dezember 2005)

Die Erklärung ist ganz einfach: Das offizielle Kindergeld ist gar nicht in seiner ganzen Höhe eine direkte finanzielle Unterstützung für die Familien. Mit ihm zahlt der Staat auch Steuern an die Eltern zurück, die er ihnen zuvor unrechtmäßig abgenommen hat.

Alle Eltern, die das Kindergeld beziehen, werden seit 1996 genauso hoch besteuert wie kinderlose Ehepaare. Seither können sie nämlich nicht mehr den steuerlichen Kinderfreibetrag (KFB) in Anspruch nehmen, wie dies bis 1995 der Fall war. Der KFB soll sicherstellen, dass die existenznotwendigen Mindestausgaben für den Unterhalt und das Großziehen der Kinder nicht auch noch vom Staat mit Steuern belastet werden. Auch bei Erwachsenen darf der Staat den existenznotwendigen Mindestbedarf nicht besteuern. Das ist ein verfassungsgeschütztes Grundrecht, das für jeden Bürger gilt.

Die Umstellung des Systems der offiziellen Familienförderung im Jahr 1996 hat politisch einen gewaltigen Vorteil: Seither kann die Regierung mit einem deutlich erhöhten Kindergeld in der Öffentlichkeit protzen. Bsp. stieg das Kindergeld für das erste Kind beim Jahreswechsel 1995/1996 auf einen Schlag von monatlich 70 DM auf 200 DM. Das machte Eindruck in der Öffentlichkeit und den Medien. Unterm Strich hatten die Familien nach der Systemumstellung tatsächlich aber kaum mehr Geld in der Tasche. Und das gilt bis heute.

Festzuhalten bleibt: Das offiziell im Bundeshaushalt ausgewiesene Kindergeld ist nur zum geringeren Teil eine Unterstützungsleistung für die Familien. Im Jahr 2008 lag dieser sogenannte Förderanteil bei 44%.

Aber selbst diese Zahl sagt nicht die ganze Wahrheit. Basis dieser Berechnung ist nämlich ein KFB von 5.808 Euro. Aus ihm ergibt sich, daß von den 33,4 Mrd. Euro offiziellem Kindergeld rund 18,8 Mrd. reine Steuerrückzahlung waren (über 56%).

Der geltende KFB ist schon immer bei Fachleuten und Verbänden auf Kritik gestoßen. Sie halten ihn grundsätzlich für zu niedrig. Deshalb hatte die CDU schon vor der Bundestagswahl 2005 einen einheitlichen Steuerfreibetrag von 8.000 Euro gefordert, d.h. für Erwachsene wie für Kinder. D.h. einen Steuerfreibetrag der noch 2008 fast 30% über dem geltenden KFB lag (genau: 27,4% - gegenüber 7008: 14%). Legt man also den erhöhten KFB von 8.000 Euro zu Grunde, dann wären von 33,4 Mrd. Kindergeld im Jahr 2008 tatsächlich fast 24 Mrd. reine Steuerrückzahlung; der Steueranteil betrug demnach rund 72%!

Zur Erinnerung: Bei der offiziellen Rechnung lag dieser Anteil nur bei 56%

TABELLE 3
**Familienbezogene Leistungen und
 Maßnahmen des Staates im Jahr 2008**
KINDERGELD
 in Mio. Euro
 bei **KFB 8.000** Euro/Jahr (CDU-Forderung)

Maßnahme	2008
Steuerlicher Familienleistungsausgleich (FLA)	35.620
Davon Kindergeld	33.400
Davon FÖRDERANTEIL	9.400 (28 %)
STEUERANTEIL	24.000 (= 72 %)

(aus: Bundesfamilienministerium / Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen, Dezember 2005 und Alternativrechnung des Heidelberger Büro für Familienfragen und soziale Sicherheit, HBF – Stand November 2011)

Aber selbst diese Berechnung ist immer noch unvollständig. Ich habe bislang nur mit den direkten Steuern gerechnet, also der Lohn- und Einkommenssteuer. Aber das sind ja nicht alle Steuern, die wir bezahlen. Fast genauso groß ist der Anteil der indirekten Steuern, also der Umsatz-, Strom- oder Versicherungssteuer. Im Jahr 2008 lag ihr Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen des Staates bei 48%.

Für Familien heißt: Bei jeder Ausgabe fürs Kind, ob es Windeln oder Milch sind oder beim Waschen der Kinderkleider in der Waschmaschine führen sie auch Geld an den Staat ab. Der renommierte Darmstädter Sozialrichter und Mitbegründer des Heidelberger Büros für Familienfragen und soziale Sicherheit (HBF) Jürgen Borchert schätzt, daß der Anteil der indirekten Steuern bei den Ausgaben für Kinder zwischen 20-25% liegt. Also, heutzutage bei monatlich mindestens 117 Euro pro Kind liegt, wenn man mit dem offiziellen KFB von 7.008 Euro rechnet.

TABELLE 4
**Durchschnittliche BELASTUNG DES
 KINDERGELDES und der AUSGABEN FÜR KINDER
 mit direkten und indirekten Steuern
 monatlich/pro Kind**
 bei KFB 8.000 Euro/Jahr (CDU-Forderung)

Kindergeld	184
Direkte Steuern auf Kindergeld (72%)	132
Indirekte Steuern auf Ausgaben in Höhe des KFB (20%)	133
Gesamtabgabe	265
Förderbilanz	- 80

Berechnungen: Heidelberger Büro für Familienfragen und soziale Sicherheit (HBF), Kostas Petropulos, November 2011

Nimmt man den von der CDU schon 2005 geforderten KFB von 8.000 wären es sogar mindestens 133 Euro im Monat an indirekten Steuern.

◦

Wenn ich es kurz in einer Rechnung zusammenfasse: Pro Kind gibt es derzeit 184 Euro im Monat. Rechnet man mit dem CDU-Kinderfreibetrag von 8.000 Euro im Jahr, dann bezahlen Eltern von den 184 Euro Kindergeld im Durchschnitt 132 Euro als direkte Steuern an den Staat zurück. Nimmt man noch den indirekten Steueranteil von monatlich 133 Euro dazu, dann bezahlen Eltern pro Kind 265 Euro monatlich an Steuern an den Staat und erhalten dafür ein Kindergeld von 184 Euro. D.h. der Staat verdient an jedem Kind fast 80 Euro im Monat! Im Klartext: Kinder kosten den Staat unterm Strich nichts, sondern sie sind sogar eine Einnahmequelle. Bei 17,3 Mio. kindergeldberechtigten Kinder wären das derzeit mindestens 1,6 Mrd. Euro im Jahr. Zur Erinnerung: Diese Rechnung geht nur von den offiziellen Mindestwerten für den Unterhalt, die Erziehung und Bildung für Kinder aus.

Der bisherige Gang durch das Labyrinth der sogenannten Familienförderung ist zugegebenermaßen sehr mühsam. Aber wir sind trotzdem noch nicht am Ende.

Meine bisherigen Berechnung sind ja nur eine Momentaufnahme. Wenn man die tatsächlichen Transferverhältnisse zwischen Familien und Staat vollständig erfassen will, muß man die Perspektive erweitern – man muß sich die Lebenslaufbilanz eines Kindes ansehen. Also: Wieviel staatliche Leistungen erhält ein Kind im Laufe seines Lebens und wieviel zahlt es durch seine Steuern und Sozialabgaben wieder zurück. Die bislang einzige Studie zu diesem Thema stammt vom Wirtschaftsforschungsinstitut ifo in München. Im Auftrag der Robert Bosch Stiftung haben die Forscher Ende 2005 eine Studie vorgestellt, mit detaillierten Berechnungen zur „fiskalischen Bilanz“ eines Kindes.

Durchgerechnet haben sie das Beispiel eines Kindes, das im Jahre 2000 geboren wird und sich beim Bildungsverhalten, bei seiner Erwerbsbeteiligung, bei der Zahl seiner eigenen Kinder lebenslang als durchschnittlich erweist.

Als Kostenbelastungen für den Staat rechnen die ifo-Forscher die Steuer- und Beitragsausfälle durch eine Erwerbsunterbrechung der Mutter wg. der Kindererziehung, die familienpolitischen Leistungen und das staatliche Bildungssystem.

Dem gegenüber stehen die Leistungen der Familie an den Staat: Die **erwarteten** Beiträgen des Kindes zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur ähnlich konstruierten gesetzlichen Krankenversicherung. Hinzu kommen die erwarteten Einkommen- und Verbrauchsteuerzahlungen.

Unterm Strich sieht Fiskalbilanz eines Kindes demnach so aus:

TABELLE 5
Die fiskalische Bilanz eines durchschnittlichen Kindes (*2000)

Beiträge und Leistungen der Sozialversicherungen <i>davon:</i> gesetzliche Rentenversicherung gesetzliche Krankenversicherung soziale Pflegeversicherung Arbeitslosenversicherung	240.500 139.300 69.800 20.600 10.800
Steuern <i>davon:</i> Einkommensteuern Verbrauchssteuern	227.400 102.000 125.500
steuerfinanzierte staatliche Leistungen <i>davon:</i> Kinderbetreuung und Bildung familienpolitische Leistungen i.e.S. ^b Beteiligung an den Opportunitätskosten ⁰ sonstige steuerfinanzierte Leistungen ^d Tragfähigkeits-Korrektur ⁶	- 391.000 - 136.000 - 64.900 - 119.800 - 104.400 34.100
Saldo Aus: „Die fiskalische Bilanz eines Kindes im deutschen Steuer- und Sozialsystem – Studie im Auftrag der Robert Bosch Stiftung“.	76.900 Martin Werding und Herbert Hofmann. 2005. Seite 86, Tab. 4.2

Im Klartext: Kinder kosten den Staat unterm Strich keinen Cent! Tatsächlich bringt jedes Kind dem Staat im Laufe seines Lebens einen Gewinn von rund 77.000 Euro.

Bei der ifo-Berechnung darf man eines nicht vergessen: Die Zahlen beruhen „auf einer zurückhaltenden Schätzung und rechnen im Rahmen des derzeitigen deutschen Steuer- und Sozialsystems“.

Wie allein der jährliche Überschuß für den Staat aussieht, wenn man die geltenden steuerlichen Kinderfreibeträge mit den sachlich angemessenen Kinderfreibeträgen berechnen würde, habe ich vorher dargestellt.

Bei diesen Zahlen muß sich noch eines klarmachen: Hier ist die Rede davon, daß *der Staat* an seinen Kindern verdient. Der Staat ist aber keine abstrakte Größe, sondern tatsächlich gemeint sind damit vor allem Kinderlose, an die diese Überschüsse letztlich zum größten Teil fließen.

77.000 Euro sind die also Summe **im Laufe eines Kinderlebens**. Das wären bei 18 Millionen Kindern rund 1,4 Billionen Euro. – Das ist wie gesagt noch eine sehr zurückhaltende Rechnung. Der von mir bereits zitierte Darmstädter Sozialrichter **Jürgen Borchert**, kommt bei seinen Berechnungen noch zu ganz anderen Zahlen. Er rechnet damit, daß allein über die Renten, Kranken- und Pflegeversicherung unterm Strich **120 Mrd. Euro** von Familien zu Kinderlosen **pro Jahr** umverteilt werden.

◦

All diese Zahlen zeigen vor allem eines: Unser Land bestraft Eltern für ihre Entscheidung zu Kindern in geradezu dramatischer Weise – und wundert sich dann über den seit Jahrzehnten anhaltenden Kinderschwund. Denn natürlich ist die Entscheidung für Kinder zunächst einmal eine zutiefst emotionale – aber wenn man mit dieser Entscheidung sehenden Auges seinen tiefen wirtschaftlichen Absturz programmiert, dann schrecken immer mehr junge Paare davor zurück.

Schon 1998 brachte der damalige Präsident des Caritasverbandes, **Hellmut Puschmann**, die Lage junger Paare höchst treffend auf den Punkt:

"Es gibt viele Methoden, sich dauerhaft zu ruinieren. Eine der erfolgversprechendsten in Deutschland ist die Gründung einer mehrköpfigen Familie."

Ähnlich schätzen daß auch die Wirtschaftsforscher des ifo-Institutes in München ein.

In ihrer von mir zitierten Analyse aus dem Jahr 2005 stellen sie nüchtern fest:

Neuere ökonomische Forschungsansätze legen nahe, dass diese Nettobelastung von Familien und Kindern sogar einen Beitrag zur Erklärung des in Deutschland besonders ausgeprägten Geburtenrückgangs leistet.

Bedauerlicherweise wollen Politik, Medien und selbst die tonangebenden Experten diese Fakten nicht zur Kenntnis nehmen. Stattdessen wird weiter gebetsmühlenhaft der Mythos von den staatlich beschenkten Familien wiederholt. Ganz aktuell kann man das im SPIEGEL dieser Woche nachlesen. Unter der Überschrift „Im Reich des Unsinn“ berichtet das Magazin über die laufenden Auseinandersetzungen der schwarz-gelben Bundesregierung beim Betreuungsgeld. Aus SPIEGEL-Sicht handelt es sich dabei lediglich um eine weitere Subvention für die bereits üppig geförderten Familien:

„Fast 190 Milliarden Euro gibt der Staat jedes Jahr für Kinder, Paare und Familien aus. Bei den Investitionen in Kindergärten, Schulen und Betreuungseinrichtungen reicht es international zwar nur für einen Platz im Mittelfeld. Doch bei den Direktzahlungen liegt die Bundesrepublik immer noch weit vorn. Ein für das Jahr 2008 veröffentlichter Bericht der Bundesregierung listet 157 Subventionen und Fördermaßnahmen auf. (...)“ Familienpolitik mit Gießkanne“ nennt das der Bielefelder Sozialforscher Klaus Hurrelmann. Egal wie man mit Kindern lebt, der Staat zahlt. Aber das hilft nicht viel. Bei der Geburtenziffer belegen die Deutschen nach einem OECD-Ranking den fünftletzten Platz.“

Soviel geballte Ahnungslosigkeit von den tonangebenden Experten und Medien über die effektiven staatlichen Hilfen für Eltern und ihre Kindern läßt nur eine ungebremste Fortsetzung der grundlegend verfehlten Familienpolitik erwarten.

Frei nach Churchill kann ich da nur sagen: Die Deutschen werden ihr demographisches Problem am Ende ganz sicher lösen – nach dem sie jeden Holzweg bis zu Ende gegangen sind!

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.